

DIE LINKE.MKK Kreistagsfraktion • Geschäftsstelle • In den Steinäckern 3 • 63517 Rodenbach

An den Vorsitzenden des Kreistages des Main Kinzig Kreises
Herrn Hubert Müller
Barbarossastraße 16-24
63571 Gelnhausen

30. Oktober 2008

17. Kreistagssitzung am 7. November 2008

Dringlichkeitsantrag: Möglichkeiten des Main-Kinzig-Kreises zur Hilfestellungen für die heimische Wirtschaft

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

Die Fraktion DIE LINKE. stellt zur Sitzung des Kreistages am 7. November 2008 den folgenden **Dringlichkeitsantrag**:

Der Kreistag möge beschließen:

Der Kreisausschuss wird beauftragt zu prüfen, wie und mit welchen Mitteln (z.B. Kreisbürgschaften) heimischen Wirtschaftsbetrieben Hilfe geleistet werden kann, die durch die Finanzkrise in Not geraten sind. Ebenso wird der Kreisausschuss beauftragt, Hilfsmöglichkeiten für die von Kurzarbeit und/oder Arbeitslosigkeit bedrohten oder bereits betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieser Betriebe zu prüfen.

Über das Ergebnis der Prüfung ist spätestens in der nächsten Kreistagssitzung zu berichten. Falls notwendig, soll in Abstimmung mit dem Haupt- und Finanzausschuss auch über eine Sondersitzung des Kreistages beschlossen werden.

Begründung:

Die Finanzkrise hat akut auch den Main-Kinzig-Kreis erreicht. Verschiedene Firmen im Main-Kinzig-Kreis haben aufgrund der Auswirkungen der Finanzkrise Schwierigkeiten, Kre-

dite zu erhalten und ihre Liquidität zu sichern. Besonders im östlichen Main-Kinzig-Kreis hat es erste Insolvenzanmeldungen gegeben. Derzeit trifft es insbesondere die heimischen Automobilzulieferer, die unter der Absatzkrise in der Automobilindustrie leiden und zum Teil schon erhebliche Auftragseinbrüche zu verzeichnen haben.

Somit wird die Finanzkrise auch im Main-Kinzig-Kreis zu einer realen Wirtschaftskrise. Hier reichen die in normalen Zeiten bewährten Hilfestellungen nicht mehr aus. Es muss deshalb geprüft werden, in wie weit der Main-Kinzig-Kreis in der Lage ist, außerordentliche Hilfestellungen zu geben. Ähnlich wie beim Rettungspaket für die Banken durch die Bundesregierung sind Kreise und Kommunen nun gefordert, den heimischen Betrieben, die vor Ort investieren und Arbeitsplätze schaffen und nicht an den Spekulationen am so genannten Finanzmarkt beteiligt waren, Hilfestellungen zu geben, um die Arbeitsplätze für die Bürgerinnen und Bürger zu erhalten.

Hierbei darf es zunächst keine Denkverbote geben und auch außergewöhnliche Ideen sind zu prüfen. Hierzu gehören zum Beispiel auch sonst absolut unübliche Bürgschaften des Kreises oder die Prüfung, ob der Kreis befristet mit Liquidität aushelfen kann in dem er z. B. einen Rettungs-Fonds für die heimische Wirtschaft bereitstellt.

Mit freundlichen Grüßen



gez. Andreas Müller
Fraktionsvorsitzender

f.d.R. Dr. Thomas Maurer
Fraktionsgeschäftsführer